

## Stellungnahme zum Diskussionspapier für ein Demokratieförderungsgesetz

Als zentrales Netzwerk zur Förderung der Zivilen Konfliktbearbeitung im deutschsprachigen Raum begrüßen wir ausdrücklich, dass die seit langem notwendige gesetzliche Regelung zur Gestaltung demokratischen Zusammenlebens und zur nachhaltigen Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie nun umgesetzt wird.

Im Koalitionsvertrag wird festgehalten: „Friedliches Zusammenleben und Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft erfordern, Unterschiede zu achten und divergierende Interessen konstruktiv auszuhandeln“ (S. 103). Wir empfehlen hieran anschließend nachdrücklich:

1. Die Notwendigkeit der Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte in der **Präambel** des Gesetzes bereits klar zu nennen. Wir schlagen hierfür die Formulierung vor:  
***„Demokratie bedeutet, sich widersprechende Sichtweise und Interessen wahrzunehmen, Konflikte anzuerkennen und Zusammenleben durch Aushandlung gemeinsam zu gestalten.“***
2. ***Prozessorientierte Bearbeitung von gesellschaftlichen Konflikten*** als Radikalisierungsprävention und Gestaltung des Zusammenlebens in der Vielfaltsgesellschaft in den **Gegenstandskatalog der Maßnahmen des Gesetzes aufzunehmen.**

### Begründung:

Das Diskussionspapier benennt zurecht aktuelle Herausforderungen, die Bedrohungen der Demokratie bedingen und auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Extremismus und Demokratiefeindlichkeit hinwirken. Die Welt durchläuft einen rapiden Wandel und mit ihr unsere Gesellschaft. Globalisierung, Urbanisierung, Migration, Klima- und demographischer Wandel führen zu grundlegenden Veränderungen, die sich in strukturellen Herausforderungen und sich ändernden Lebenswelten der Menschen niederschlagen. Hierin liegt eine neue Konflikthaftigkeit der Gesellschaft begründet: Spezifische Interessen und Perspektiven, Sorgen und Bedürfnisse aber auch Erwartungen und Hoffnungen in der Bevölkerung ändern sich, stehen mitunter gegeneinander und widersprechen sich. Städte und Gemeinden in Deutschland sind hier in besonderer Weise gefragt: Gesellschaftlicher Wandel findet vor Ort statt und bringt neue Konflikte mit sich - seien diese bedingt durch strukturellen Wandel (z.B. Gebietsreformen, Verwaltungsreformen, wirtschaftlicher Wandel, Ungleichheit und Marginalisierung u.a.), energiepolitisch (z.B. Windkraft, Konflikte um Kohleabbau usw.), migrationsbedingt (Aufnahme von Geflüchteten), oder ausgelöst durch globale Krisen (Coronapandemie, Krieg in der Ukraine).<sup>i</sup>

Aktuelle Forschung weist nicht nur darauf hin, dass die Konflikthaftigkeit der Gesellschaft zunimmt, sondern auch, dass die Möglichkeiten und die Fähigkeit, hiermit konstruktiv umzugehen, **entscheidend sind für die Zukunft unserer Demokratie. Radikalisierung, Polarisierung und menschenfeindliche Einstellungen vor Ort werden dort anschlussfähig, wo sie auf bestehenden Unmut und ungelöste Konflikte treffen:** Wo Menschen sich mit ihren Fragen, ihren Interessen und ihrer Kritik nicht wahrgenommen fühlen, ist das eine Ursache, sich radikalen Antworten zuzuwenden.<sup>ii</sup> Dies kann sich äußern in Skepsis und Ablehnung politischer Prozesse, gesellschaftlicher Polarisierung, bis hin zu Anfeindungen und Bedrohung kommunaler Akteure. Voraussetzung für eine „widerstandsfähige demokratische Kultur“<sup>iii</sup> ist, dass Akteure vor Ort, in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Lage sind, lokale Konfliktdynamik wahrzunehmen, zu verstehen und gemeinsam anzugehen.<sup>iv</sup>

Daher braucht **Demokratie den konstruktiven Umgang mit Konflikten**. Demokratie bedeutet, sich widersprechende Sichtweisen und Interessen wahrzunehmen, Konflikte anzuerkennen und Zusammenleben durch Aushandlung gemeinsam zu gestalten. Grundmodus der Demokratie ist der *konstruktive Streit*, der nicht abwertet, ignoriert und ausgrenzt, sondern andere ernst nimmt und auf dieser Basis nach Lösungen sucht. Nicht zuletzt deshalb wird Konfliktkompetenz als zentrale Demokratiekompetenz beschrieben.<sup>v</sup>

Wir verstehen Konflikt als Chance und als Motor für inklusive Entwicklung und demokratisches Miteinander, gerade auch in Zeiten wachsender Heterogenität. In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland erfolgreich Ansätze entwickelt und umgesetzt, die gesellschaftliche Akteure bedarfsgerecht, professionell und nachhaltig in der Beantwortung von Konflikten in Städten und Gemeinden und der Entwicklung nachhaltiger Instrumente unterstützen: durch Bildung und Qualifizierung, durch Kommunale Konfliktberatung und andere Formen der professionellen Begleitung in der Bearbeitung lokaler Eskalationsdynamiken.<sup>vi</sup> Die Konfliktforschung zeigt, dass eine Begleitung von außen oft zielführend ist, um Dynamiken der Eskalation zu durchbrechen. Der Prozess der Konfliktbearbeitung lässt sich mit entsprechenden Instrumenten und Methoden aktiv und professionell gestalten. Er leistet einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung demokratischen Miteinanders und wirkt präventiv auf Eskalation, Gewalt und individuelle sowie gruppenbezogene und gesellschaftliche Radikalisierung.

Die Erfahrungen zeigen, dass sich Synergien zu anderen Ansätzen der Demokratieentwicklung ergeben – zur Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, zur Stärkung von durch Gewalt Betroffenen, zu Ausstiegsarbeit und Engagementförderung<sup>vii</sup> Sie zeigen aber auch, dass Konfliktbearbeitung zusätzliche Wirkzusammenhänge bedient. Es ist notwendig, **dass in der Schaffung des gesetzlichen Rahmens und daraus abgeleiteter Förderinstrumente der zwingende Zusammenhang zwischen konstruktiver Aushandlung von Konflikten und demokratischem Zusammenleben anerkannt und benannt wird, so dass auch in diesem Bereich langfristig und mit hinreichender Rechtssicherheit demokratisches Zusammenleben gestärkt werden kann.**

#### Weitere Empfehlungen:

- Die aufgeführten Bereiche Demokratieförderung, Extremismusprävention und Vielfaltgestaltung stehen im Diskussionspapier unverbunden nebeneinander. Es ist zu befürchten, dass sie weiterhin isoliert gefördert werden und damit in ihrer Wirkung eingeschränkt sind. Sie müssen vielmehr in einer **übergreifenden und nachhaltigen Strategie aufeinander bezogen werden**. Für Schutz und Förderung der Demokratie braucht es die sich gegenseitig ergänzenden Handlungsbereiche der Radikalisierungsprävention, Bildungsarbeit und Konfliktbearbeitung. Sie müssen in Form von strategisch ausgerichteten Leitlinien der Bundesregierung für eine plurale und zukunftsfähige Gesellschaft zusammen gedacht und nachhaltig gestärkt werden. Diese Leitlinien müssen **ressortübergreifend, öffentlich und parlamentarisch verankert und in Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft** entwickelt werden.
- Die im Diskussionspapier ab Seite 2 genannten Ziele beschreiben weitgehend isolierte Handlungsfelder und berücksichtigen nicht den gegenwärtigen Stand der Forschung. Bspw. reicht es nicht „Wissen über Demokratie“ zu vermitteln, dies muss entsprechend moderner Konzepte der politischen Bildung einhergehen mit **Kompetenzentwicklung und Handlungsorientierung**.
- Es sollte nicht Ziel eines Gesetzes sein „gesellschaftliche Vielfalt“ zu gestalten (Seite 4). Vielmehr sollte es Rahmenbedingungen für die Entfaltung gesellschaftlicher Vielfalt schaffen und fördern. Dies erfordert den **Einbezug aller, vielfältiger Gruppen der Gesellschaft und damit der Zivilgesellschaft**.
- Es sollte außer der Ebene der individuell-persönlichen Zielgruppen auch die Arbeit an und mit **Strukturen in Organisationen, Kommunen, Institutionen etc. als wesentlicher Wirkungsbereich** benannt werden.

- Die Förderabsicht von bedarfsbezogenen Maßnahmen und Strukturen begrüßen wir. Diese muss **unbürokratisch, flexibel und mit angemessenen Förderzeiträumen** durch die gesetzliche Regelung möglich werden. Entsprechende Haushaltsmittel müssen verbindlich und verlässlich bspw. über Verpflichtungsermächtigungen bereitgestellt werden.
- Die Förderung von **bundesweiten dauerhaften Strukturen** begrüßen wir.
- Das Verhältnis und die Strukturen der **Mitgestaltung durch Länder und Kommunen** sollten klar geregelt werden und eine konstruktive Zusammenarbeit ermöglichen.
- Wir begrüßen, dass die vom Gesetz erfassten Zielgruppen nunmehr **altersunabhängig** sind.
- Für die inhaltliche Ausgestaltung und Umsetzung ist ein Steuerungsgremium wie ein Beirat unter Beteiligung der Zivilgesellschaft unerlässlich. Wir regen an, die einzelnen Handlungsbereiche als **Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft** zu organisieren, wie es in anderen Ressorts, beispielsweise beim Programm Ziviler Friedensdienst (BMZ), bereits mit Erfolg durchgeführt wird.
- Die bestehenden phänomenbezogenen Kompetenznetzwerke sollten durch ein die einzelnen Erscheinungsformen der Demokratiegefährdung übergreifendes „**Kompetenznetzwerk Konfliktbearbeitung**“ ergänzt werden.

Berlin, 21. 03. 2022

*Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung ist das größte deutsche Netzwerk, das sich arbeitsfeldübergreifend die Förderung der Zivilen Konfliktbearbeitung zum Ziel gesetzt hat. Die Plattform "zielt darauf ab, die in diesem Netzwerk Beteiligten bei ihrer Gewalt mindernden Arbeit zu unterstützen, miteinander zu verbinden und in ihrer Arbeit vor Ort effektiver zu machen." (Auszug aus der Charta)*

*Geschäftsstelle der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung: Großbeerenstraße 13a, 10963 Berlin*

*Mail: kontakt@pzkb.de, Tel.: 030 / 4000 65 118*

---

i Vgl. elMafaalani, Aladin (2018). Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

ii Vgl. z.B. Eckert, Roland (2020). Radikalisierung in konflikttheoretischer Perspektive. In: Slama/Kemmesies (Hg.). Handbuch Extremismusprävention – Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, 213 ff.

iii Vgl. Quent, Matthias (2019). Deutschland rechts außen. München: Piper; Strobl et. Al. (2003). Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim/München: Juventa.

iv Hohnstein, Sally/Paßlack, Jens (2020). Bearbeitung von lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft. Projektbericht 2019. Unveröffentlichtes Manuskript. Halle/Saale

v Rheinhardt, Sybille (2018): Konfliktkompetenz als zentrale Kompetenz des Demokratie-Lernens. Bad Boll, 2018.

vi Siehe Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (2019). Vielfalt gestalten – Konflikte bearbeiten. Erfahrungen aus Stadt und Land im Kontext von Migration und Integration. Bonn (pzkb.de/wp-content/uploads/2012/09/191223\_broschure\_web\_einzel.pdf)

vii Aufruf für eine lebendige Demokratie (2021). pzkb.de/lebendige-demokratie-staerken/